Abg. Herbrecht bedankte sich für seine Fraktion für die Antwort der Verwaltung. Abg. Eichner erkundigte sich was im Einzelfall geschehe, wenn Leistungsberechtigte nach SGB II in einer unangemessen teuren Wohnung leben. Hierzu erläuterte Herr Holtkötter, dass die ARGE das Angebot an öffentlich gefördertem und privatem Wohnungsmarkt ständig beobachte. Es sei also bekannt, ob Wohnraum zu angemessenen Konditionen zur Verfügung stehe. Der/die Mieter/-in werde im Falle unangemessen hoher Mietkosten schriftlich aufgefordert, die Unterkunftskosten innerhalb einer ihm/ihr gesetzten Frist (maximal 6 Monate) zu senken und das Ergebnis der Bemühungen nachzuweisen. Komme der/die Leistungsberechtigte dieser Aufforderung nicht nach, werde nach Ablauf der Frist die Miete nur noch in angemessener Höhe übernommen.

Auf die Frage, ob den Leistungsberechtigten Nachteile durch die stark gestiegenen Preise für Heizenergie entstehen könnten, erwiderte KVD Liermann, dass über die Übernahme der Kosten verbrauchs- und nicht preisorientiert entschieden werde. Solange sich der Verbrauch in angemessenem Rahmen halte, komme eine Übernahme der dafür entstehenden Kosten grundsätzlich in Betracht. Näheres regelten die Heizkostenrichtlinien, die auf Bitte der Abg. Leittersdorf der Niederschrift beigelegt werden (Anlage 2).

Die Aufwendungen für Haushaltsstrom seien in der Regelleistung enthalten. Es obliege der Eigenverantwortung der Leistungsberechtigten, einen möglichst günstigen Anbieter zu suchen. Für Heizstrom, wie er bei Nachtstromspeicherheizungen benötigt werde, gelten die Ausführungen zu den Heizkosten.